Morgen-Ausgabe
No. 15. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 10. Januar 1908

Jung-Breslauer Kunst.

Kunstgewerbe-Museum.

Da ist etwas ganz Neues. Die Provinz präsentiert sich der Reichshauptstadt. Düsseldorf, Weimar, München, Wien war man gewohnt, als Kunstzentralen anzusprechen. Inzwischen lebte schlecht und recht im Herzen des Schlesierlandes eine Kunstakademie, die den Namen „Kunst- und Kunstgewerbeschule Breslau" hatte, und auf der, wie man sich erinnert, Gerhart Hauptmann seine Lehrjahre verbrachte. Ihr Wirken war sonst Provinzgeheimnis; nun legt man uns ein paar Stichproben vor. Und wir — wir sind ein bißchen beschämt.

Als Einwohner der benachbarten Staatsprovinz vor allem. Da gibt ein kleines Landstädtchen der Breslauer Kunstschule auf, ein Standesamtszimmer für ein neues Rathaus zu bauen. Eine ganz entzückende Idee! So fern von allem Spießertum, von Ackerbürgerei und Krähwinkelei! So gesund, frisch und frohgemut, daß man gar nicht daran zu glauben wagt, es könnte eines schönen Tages in Treuenbrietzen oder Wriezen oder Nauen nachgemacht werden, was im schlesischen Löwenberg möglich war.

Solche Aufgabe spornt die Kräfte der Kunstschule an. Die gemeinsame Arbeit fördert und erzieht. Hans Pölzig, der Direktor, ein bewußter und verständiger Innenarchitekt, gibt den Entwurf her: auf knappen Nützlichkeitserwägungen aufgebaut. Das quadratische Zimmer erhält rechteckige Einbauten an den vier Ecken, durch Gitter angedeutet. Das verdeckt die Schränke und gibt hübsche Linienschneidungen. Das Gewölbe, braungrün gebeizte Eiche im Gerippe und helle, scharfgemaserte Kiefer als Füllfläche, ist auf die vorspringenden Pfeiler gesetzt und wird dadurch flacher, behaglicher. Der kleine Kunstgriff macht den Eindruck des Selbstverständlichen.

Und dieser Eindruck haftet auch auf der ganzen Ausschmückung der Stube. Das Gemöbel ist gering, doch wuchtig, fest und ausdrucksvoll. Ganz ohne Stilprotzerei und ohne Kaprizen: eine altdeutsche, ernste Traulichkeit. Ein Schreibtisch für den Bürgermeister, ein Tisch mit vier Schemeln, eine Truhe, eine Heizungsanlage: das ist alles. Doch liegt darüber ein eigenartiger Schein von Feierlichkeit: milchglasumschleiertes Glühlampenlicht, ein dämpfendes Glasfenster und eine grünlich matte Flucht von flachen Butzenscheiben: das rinnt ineinander und gibt den bunten Teppichen und Behängen eine warme Leuchtkraft.

Die vier Bronzegitter sind von besonderer Schönheit, ebenso die Heizungsbekleidung. All diese kleinen Teilchen sind mit Ernst behandelt, und alle haben sie die Besonderheit ihres Schöpfers. Doch ordnet sich alles wohlbedacht zum Einklang zusammen. Die Architektur ist weder modern im Sinne der ausschweifenden Farben- und Linienseligkeit, noch Altertümlichkeit vorspiegelnd im Sinne der verflossenen Neu-Renaissance: sie ist gut bürgerlich schön und edel und darum vor allem preisenswert in der Zeit, da die Künstler so gern in der gigerlhaften Eleganz parfümierter Musiksalons oder in süß durchhauchten Damenboudoirs schwelgen, ohne die Bedürfnisse des Durchschnittshausstandes zu beachten.

Doch dieses Zimmer ist nur ein Teil der hochsehenswerten Ausstellung im Lichthofe. Die kunstgewerblichen Schöpfungen lehnen sich eng an schlesische Traditionen an: das gibt ihnen Kraft und Halt. Die Spanschachteln, die in Professor Roßmanns Klasse gemalt werden, mit dunklen, harten Farben und einem Einschlage von polnischer Bauernkunst, sind in aller ihrer Derbheit von feinstem Geschmacke erfunden. Die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens werden mit inniger Rührigkeit heimatlichen Motiven genähert: die Meisterbriefe und Diplome, die Plastiken zur Löwenberger Markthalle aus Ignaz Taschners Klasse — man merkt bei den Schülern den Griffelstrich ihres tüchtigen Meisters schön und deutlich — die Plakate aus der Klasse des Malers Busch — markante und hervorstechende Werke —, Malereien auf geputzter Wand in Kaseinfarben, Grabmonumente, Zimmerentwürfe — unter Hans Pölzigs Leitung ausgeführt: das hat insgesamt einen edlen und echten Klang; das zeugt von Fleiß und Gefühl; das sind beweiskräftige Meisterstücke einer erwachenden Kunsthandwerkergeneration, die an der großen Aufgabe helfen wird, die Materialien des täglichen Gebrauches wiederum durch Kunst und Geschmack zu veredeln.

Im Schlesierlande muß selbstverständlich auch die Weberei gepflegt werden. In Breslau tut man's mit hochachtenswerten Resultaten. Stickerei und Weberei — die beliebtesten und künstlerisch leider verrottetsten Dilettantenkünste — werden hier von überragenden Fachkräften gelehrt. Eine umfangreiche Sammlung von Mustern, von Teppichen, von Vorhängen, von Tuchen, von Kleiderstücken muß auf die Damenwelt einen ungemein fesselnden Reiz ausüben. Wir haben in dieser Branche herzlich wenig gute Vorbilder: diese Ausstellung teilt wertvolle Anregungen in Hülle und Fülle aus.

* * *

Das Kunstgewerbe-Museum, dem wir diesmal unsere sonntägliche Museumswanderung widmen, ist am Sonntag von 12 bis 3 Uhr geöffnet, an den Wochentagen von 10 bis 3 Uhr, mit Ausnahme der Montage. Der Eintritt ist — im Gegensatze zu den anderen königlichen Museen — an allen Tagen unentgeltlich. **K.**

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 9. Januar.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung um $5\frac{1}{2}$ Uhr. Er widmet dem kürzlich verstorbenen Stadtrat Schäfer einen ehrenden Nachruf. Der Verstorbene habe sich als fleißiger, ernster und gewissenhafter Vater der Stadt allezeit bewährt, und sein plötzliches Hinscheiden werde von der Versammlung schmerzlich empfunden.

Der Vorsteher bringt hierauf das Dankschreiben des Kaisers auf die Neujahrsadresse der Versammlung zur Verlesung. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Empfangen Sie meinen besten Dank für die treuen Glückwünsche, die Sie mir zum Jahreswechsel in der Adresse vom 31. v. M. dargebracht haben. Angenehm hat mich in derselben die Erwähnung der freudigen Teilnahme berührt, mit welcher die Berliner Bürgerschaft meine jüngste Reise nach England und die mir dort zuteil gewordenene herzliche und ehrenvolle Aufnahme begleitet hat. Ich freue mich darüber, daß auch die Hauptstädte beider Länder in dieser Zeit einander näher getreten sind, und hoffe, daß der gegenseitige Austausch und die verständnisvolle Verwertung der bei der Verwaltung der großen Gemeinwesen gemachten Erfahrungen auch meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin und ihrer Bürgerschaft zu Nutz und Frommen gereichen wird.

Berlin, den 6. Januar 1908. Wilhelm, R.

An die Stadtverordneten zu Berlin.

Der Ausschuß zur Vorberatung des Entwurfs neuer Satzungen für die städtische Sparkasse hat sich konstituiert und den Stadtv. Liebenow (a. L.) zum Vorsitzenden, den Stadtv. Nelke (a. L.) zum Stellvertreter gewählt.

Stadtv. **Nelke** erstattet den Ausschußbericht über die Vorlage bezüglich der

Errichtung einer Walderholungsstätte

für 200 schwächliche und schulpflichtige Kinder auf dem Gelände des städtischen Rittergutes Buch.

Im Ausschusse ist die Vorlage nach mehrfachen Richtungen hin bemängelt worden. Nach der Vorlage sollen in der Walderholungsstätte während der einen Hälfte des Sommers 200 Knaben, während der anderen Hälfte 200 Mädchen Aufnahme, Verpflegung und Unterricht finden. Im Ausschuß wurde unter anderem das Barackensystem wegen der ihm verschiedentlich anhaftenden Mängel gänzlich verurteilt, ebenso wurde es als unhaltbar erachtet, daß der doch gewiß sehr wichtige Arzt in der Vorlage gar nicht erwähnt werde, sondern nur von einer Gemeindeschwester die Rede sei, die eventuell einzugreifen habe. Die Badeanlage wurde als gänzlich unzureichend bezeichnet usw.

Der Ausschuß empfiehlt: den Magistratsantrag abzulehnen und den Magistrat um eine möglichst baldige neue Vorlage zu ersuchen betreffs einer Walderholungsstätte für kränkliche und genesende Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, die das ganze Jahr hindurch geöffnet ist, und woselbst auch hierfür geeignete Kinder Schulunterricht bei ärztlicher Aufsicht erhalten können.

Stadtsyndikus Dr. **Hirsekorn** bittet, die Magistratsvorlage anzunehmen und dem Ausschußantrage die Zustimmung zu versagen. Der Ausschußantrag wolle etwas ganz anderes, als was der Magistrat unter Berücksichtigung der von der Versammlung geäußerten Wünsche in seiner Vorlage vorgesehen habe. Die Versammlung wünschte damals eine ähnliche Einrichtung wie die Charlottenburger Waldschule. Der Magistrat kam zu der Einsicht, daß eine solche Waldschule, zu der die Kinder morgens geschickt werden, um abends wieder in die Stadt zu kommen, für Berlin sich nicht einführen lasse. Er habe deshalb in der Vorlage eine Heimstätte vorgesehen, durch die kränklichen, schwachen, tuberkulosen Kindern eine gesunde Stätte für den Schulunterricht verschafft werden sollte. Der Ausschuß wolle dagegen ein Sanatorium für kranke und genesende Kinder einrichten. Die Fürsorge in dieser Richtung habe sich Berlin schon früher angelegen sein lassen. Wenn die Magistratsvorlage angenommen werde, so könnten die Einrichtungen schon im Sommer 1908 fertiggestellt werden.

Stadtv. **Reimann** (a. L.) begründet einen Antrag, der den Ausschußantrag dahin abändern soll, daß die Heimstätte in festen, massiven Gebäuden besteht, die auch im Winter den Kindern Unterkunft gewähren können. Der Schulunterricht dürfte für die schwächlichen, kranken Kinder nur in Ausnahmefällen fortgesetzt werden. Dem ersten Teil des Ausschußantrags, der die Magistratsvorlage ablehnt, könnten seine Freunde zustimmen.

Stadtv. **Koblenzer** (soz.): Der Magistratsantrag entspricht ganz den Wünschen, die seinerzeit in der Versammlung vorgebracht wurden. Wir werden deshalb der Magistratsvorlage zustimmen; meine Freunde beantragen aber, daß der Magistrat ersucht wird, uns baldigst eine neue Vorlage zugehen zu lassen über die Einrichtung fester Heimstätten für Kinder, die auch im Winter der Pflege bedürfen.

Stadtv. **Ullstein** (soz.-fortschr.): Die Ausführungen des Vorredners entsprechen nicht dem, was seine Freunde bei der ersten Beratung über die Magistratsvorlage sagten. Damals herrschte auf allen Seiten der Versammlung Einigkeit darüber, daß die Vorlage den Wünschen der Versammlung nicht entspricht. Gewünscht wurde von der Versammlung eine feste Heimstätte, die nicht nur während des Sommers, sondern während des ganzen Jahres für schwache, kränkliche Kinder zur Verfügung steht. Die Magistratsvorlage bringt nicht die Erfüllung dieses Wunsches. Falls der Ausschußantrag abgelehnt werden sollte, beantrage ich, die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Stadtschulrat Dr. **Fischer:** Die Kommission des Magistrats hatte auch den Plan ins Auge gefaßt, statt der Baracken feste Häuser zu bauen und den Betrieb auf das ganze Jahr auszudehnen. Eingehende Erwägungen haben aber dazu geführt, daß diese Absicht aufgegeben wurde, weil ihre Durchführung nicht zweckmäßig erschien. Charlottenburg hat mit seiner Waldschule sehr günstige Erfolge erzielt, bei 90 Prozent der Kinder hat sich der Zustand gebessert, oder es war vollständige Heilung eingetreten. (Hört, hört!) Hier hätte Berlin die Gelegenheit, eine Einrichtung zu schaffen, die sonst noch nicht in der Welt besteht. An die Schaffung von Schulsanatorien ist man noch nie herangegangen; Berlin würde die Führung bei dieser sehr segensreichen Einrichtung übernehmen.

Stadtv. **Rosenow** (n. L.): Die Magistratsvorlage ist zwar allerdings etwas anderes als das, was die Versammlung seinerzeit wünschte. Ich bitte aber trotzdem um Annahme dieser Vorlage. Für mich ist dabei auch bestimmend, daß die Magistratsvorlage eine Einrichtung der Schulverwaltung schaffen will, während der Ausschuß die Angelegenheit zur Armensache macht. Wir sollten jetzt, wo der Magistrat den ersten Schritt auf einem Wege von hoher sozialen Bedeutung gehen will, ihm dies nicht durch die Ablehnung seiner Vorlage verleiden. Ich nehme auch die abgeänderte Vorlage gern an, damit die Stadtverordnetenversammlung sich nicht dem Vorwurf aussetzt, daß sie den sozialen Bestrebungen des Magistrats, die uns in der Vorlage entgegentreten, nicht entgegenkommt. Frisch gewagt, ist halb gewonnen, heraus mit der Sache. Nehmen Sie die Vorlage an, die vielen Segen stiften kann für kränkliche und genesende Kinder.

Stadtv. Dr. **Langerhans** (a. L.): Mit den Kosten, die die Magistratsvorlage in Aussicht nimmt, könnte man vernünftigerweise sehr viel mehr erreichen. Der Redner legt nach seiner ärztlichen Erfahrung dar, wie nach seiner Meinung der in der Magistratsvorlage enthaltene Gedanke großartiger und zweckmäßiger verwirklicht werden könnte. Die Vorlage sei am besten an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Stadtv. Dr. **Bütow** (fr. Fr.): Ich halte es nicht für so wichtig, ob die Einrichtung ein Jahr früher oder später fertig wird, viel wichtiger ist es, daß sie nach jeder Richtung hin den an sie gestellten Ansprüchen genügt. Im Winter werden Barackenbauten nicht ausreichen. Eine Autorität auf diesem Gebiet, Direktor Lohse in Hamburg, tritt gerade für Winterkuren ein, und ich verstehe nicht, weshalb der Magistrat jetzt nichts mehr vom Winterbetrieb wissen will. Für die Sache selbst ist es am besten, wenn wir die Vorlage an den Ausschuß zurückverweisen.

Stadtrat **Namslau:** Die Versammlung hat seinerzeit das Pavillonsystem gewünscht, und dies würde einen Winterbetrieb ausschließen. Was der Magistrat vorschlägt, würde sich baulich in einigen Monaten ausführen lassen, während Einrichtungen für den Winterbetrieb mindestens zwei Jahre erfordern würden. Ich bitte, die Magistratsvorlage anzunehmen.

Stadtv. **Sachs** tritt für den Ausschußantrag ein. Die Magistratsvorlage weiche recht sehr von den früher geäußerten Wünschen der Versammlung ab. Was der Magistrat vorschlage, sei eigentlich nichts weiter als eine Ferienkolonie. Man solle die Sache lieber noch zwei Jahre ruhen lassen, als 300,000 Mark für ein Nichts auszugeben.

In der weiteren Debatte beantragt Stadtv. Rosenow (n. L.) Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß. Bürgermeister Dr. Reicke und die Stadtvv. Cassel (a. L.) und Mommsen (fr. Fr.) treten diesem Vorschlage bei.

Die Versammlung beschließt einstimmig,

die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Es folgt der Bericht des Stadtv. Kyllmann (Fr. Fr.) über die Vorlage betreffend den Abschluß eines Vertrages mit dem Fiskus

über den ehemaligen Botanischen Garten

und betreffend die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie vorlängs dieses Geländes.

Der Ausschuß empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage mit einigen Aenderungen.

Die Kosten für den Erwerb des Platzes, der etwa die Größe des Invalidenparks hat, betragen zwei Millionen Mark und sollen aus den über den Reservefonds hinausgehenden Ueberschüssen des Sparkassenfonds entnommen werden. Die Unterhaltungskosten des Platzes sollen aus laufenden Mitteln entnommen werden. Der Ausschuß hält die Kosten aber für zu hoch und beantragt, in einer Resolution, den Magistrat zu ersuchen, die Kosten erheblich einzuschränken und namentlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß es sich im wesentlichen um Einrichtungen zu einer Erholungsstätte und von Spielplätzen handeln sollte.

Stadtv. **Reimann** (a. L.) bemängelt in scharfer Weise die Gleichgültigkeit der Gemeinde Schöneberg bei der Angelegenheit des Botanischen Gartens. Im Ausschuß habe dieses Verhalten Schönebergs eine Beurteilung gefunden, die sich mit parlamentarischen Worten nicht ausdrücken lasse. Es werde jetzt so viel von Interessen-Gemeinschaft der Vororte mit Berlin. Wenn diese aber darin bestehen solle, daß Berlin die Millionen bezahlt und die Vororte ihre Interessen wahrnehmen, so müsse man für eine solche „Interessengemeinschaft" danken. (Gr. Beifall.)

Stadtv. **Singer** (soz.): Es ist verständlich, wenn der Vorredner jetzt die ganze Schale seines Zorns über das arme Schöneberg (Lachen) ausgießt, um so seinem Aerger über die Zwangslage der Annahme der Vorlage Luft zu machen. Die Zwangslage verdanken wir aber nicht Schöneberg, sondern

Dem preußischen Fiskus.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Fiskus einen seit Jahrhunderten bestehenden Garten und Park zum allergrößten Teil durch den Verkauf als Bauterrain dem Berliner Publikum nimmt und nach dem Kauf auch noch die Sorge für die Erhaltung des Parkes der Stadt auferlegt. Wir stimmen unter dem Zwang der Verhältnisse der Magistratsvorlage zu, da wir glauben, es nicht verantworten zu können, durch eine Ablehnung die Erhaltung des Parkes unmöglich zu machen.

Stadtv. **Kyllmann** (fr. Fr.) betont in seinem Schlußwort, daß der Fiskus durch Gesetz, das nicht durch ihn zustande gekommen sei, zu seiner Stellung gezwungen worden wäre.

Die Vorlage wird nach dem Ausschußantrage fast einstimmig angenommen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung zur Verwendung des städtischen Geländes an der Ecke der Plantagen- und Antonstraße für eine Gemeindedoppelschule.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Eine Vorlage betrifft die Anrechnung von Hilfslehrerzeit auf das Besoldungsdienstalter der Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, Realgymnasialklassen für Mädchen und höhere Mädchenschulen.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Stadtvv. Dr. Ritter (fr. Fr.), Kassel (a. L.) und Stadtschulrat Dr. Michaelis beteiligen, wird die Vorlage angenommen.

Mit der Ueberweisung des Grundstücks Müllenhoffstraße 5 an den Zentralverein der Deutschen Luther-Stiftung ist die Versammlung einverstanden.

Die Versammlung genehmigt hierauf, daß das fiskalische Grundstück am Lustgarten 5/6 so lange von der feststehenden Grundsteuer freigelassen werde, als es in seinem ganzen Umfang als öffentlicher Schmuckplatz dient.

Der Magistrat übersendet die Uebersicht über die gegenwärtig in Mietsräumen untergebrachten

städtischen Verwaltungsbureaus.

Danach werden nach der vollständigen Belegung des neuen Verwaltungsgebäudes in der Jüdenstraße mit Bureaus im Rathause und Poststraße 16 Räume von etwa 2890 qm Flächeninhalt frei.

Es liegt hierzu ein Antrag auf Ausschußberatung vor. Stadtv. Jacobi (a. L.) beantragt, den Magistrat aufzufordern, der Versammlung beizeiten eine Auskunft zu geben, in welchem Umfange in absehbarer Zeit weitere Räume für Verwaltungsbureaus gebraucht werden.

Stadtkämmerer Dr. **Steiniger** erwidert, der Vorredner hätte angeben sollen, was er unter absehbarer Zeit versteht. Er macht darauf aufmerksam, daß, wenn das Bedürfnis etwa vorschweben sollte, noch ein großes Verwaltungsgebäude zu errichten, die Finanzfrage hierbei eine große Rolle spiele. Das neue Verwaltungsgebäude repräsentiere schon einen Wert von 13 Millionen. Mietsräume für einzelne Verwaltungen würden auch in Zukunft nicht ganz entbehrt werden können.

Stadtv. **Hintze** (soz.) erklärt sich durch diese Antwort nicht befriedigt. Er schließt sich den Ausführungen des Stadtv. Jacobi an und zieht zugunsten von dessen Antrag seinen Antrag auf Ausschußberatung zurück. Des weiteren bemängelt der Redner die mißlichen Raumverhältnisse im Gewerbegericht.

Stadtv. Kyllmann nimmt den Antrag auf Ausschußberatung wieder auf. Im Ausschuß müßten die Raumfragen gründlich erörtert werden, denn aus der Vorlage könne kein Mensch klug werden. Es sei kein würdiger Zustand, daß die Versammlung keinen Raum hat, wo sie Herren empfangen könne, und daß dem Oberbürgermeister kein Sprechzimmer zur Verfügung steht.

Nachdem sich noch Stadtrat Selberg und Stadtv. Jacobi (a. L.) kurz zur Sache geäußert haben, wird die Vorlage einem Ausschuß überwiesen, an den auch der Antrag Jacobi geht.

Wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit schließt die Sitzung um 9 Uhr.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Einführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten durch Oberbürgermeister Schustehrus.

Als neugewählte Stadtverordnete ziehen in das Kollegium ein: Kaufmann Dunck (lib.), Rechtsanwalt Dr. Flatau (lib.), Architekt Harnisch (lib.), Rentier Jacobi (lib.), Kaufmann Jastrow (lib.), Bahnhofsvorsteher Kern (lib.), Kaufmann Klau (lib.), Konsul a. D. Litten (lib.), Syndikus Meyer (lib.), Fabrikbesitzer Mosgau (lib.), Apotheker Mottek (lib.), Rentier Nickel (lib.), Kaufmann Vogel (lib.), Ingenieur Wagner (lib.), Kommerzienrat Lissauer (fr. V.), Apotheker Zander (Alt-Ch.), Kassierer Flemming (soz.), Gewerkschaftsbeamter Gebert (soz.), Mechaniker Wilk (soz.) und Redakteur Zietsch (soz.). Wiedergewählt sind die Stadtverordneten Bollmann (lib.), Haack (lib.), Mittag (lib.), Wolfferstein (lib.), Barnewitz (Alt-Ch.), Becker (Alt-Ch.), Dr. Franck (Alt-Ch.), Liebe (soz.) und Scharrnberg (soz.).

Oberbürgermeister Schustehrus begrüßte die eingeführten Stadtverordneten und hob in seiner Ansprache hervor, daß das neue Jahr für die Stadt Charlottenburg besonders bedeutungsvoll sei. Charlottenburg werde sich ebenfalls an dem hundertjährigen Jubiläum der preußischen Städteordnung beteiligen. Die Selbstverwaltung habe die Grundlage geschaffen für die Entwickelung der Nation. Das Recht der Selbstverwaltung verteidigen wir auf das zäheste in dem Bewußtsein, damit dem Vaterlande zu dienen. Die kommunale Arbeit dieses Jahres werde sich noch mehr als bisher in erster Linie auf den Gebieten der Schule, der Hygiene und der sozialen Aufgaben bewegen. Auch eine völlig neue Aufgabe werde die Stadtverordnetenversammlung schon in der nächsten Sitzung beschäftigen. Es sei die Frage des

Zusammenschlusses der Groß-Berliner Gemeinden

zu einem Zweckverbande, der gemeinsame Maßnahmen auf dem Gebiete des Straßenbahnwesens herbeiführen will. Ein zweiter Verband, der die Schaffung eines einheitlichen Bebauungsplanes für Groß-Berlin erstrebt, sei geplant. Der Weg, der jetzt beschritten werde, habe den Vorteil, daß er sich den tatsächlichen Verhältnissen eines großen wirtschaftlichen Gemeinwesen anpasse und unter Wahrung der Interessen der einzelnen Gemeinden, die Interessen der gesamten Groß-Berlins-Kommune verfolgen. Die Stadtverordnetenversammlung müsse dazu beitragen, Fortschritte zu erzielen.

Hierauf fand die Neuwahl des Vorstandes statt, über deren Ergebnis wir bereits berichtet haben.

Als Sitzungstage für das erste Halbjahr wurden festgesetzt: 22. Januar, 12. und 26. Februar, 18. und 25. März, 15. April, 6. und 20. Mai, 3., 17. und 24. Juni.

Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann bringt einen Antrag zur Verlesung, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, auf Grund der letzten Volkszählungsergebnisse die Anzahl der Stadtverordneten von 72 auf 78 zu erhöhen.

Sodann wurden die Wahlen der Mitglieder der ständigen Ausschüsse vorgenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten, schleunigst Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen in Charlottenburg zu ergreifen, wurde einem Ausschusse von 11 Mitgliedern überwiesen.